

10 Studierende und Universitäten bei Mobilitätsfragen entlasten und „Ticketstudium“ überflüssig machen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2568

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP der Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mobilität ist ganz ohne jeden Zweifel ein Grundbedürfnis in unserer modernen Gesellschaft. Das gilt sowohl für die Individualmobilität als auch für die Inanspruchnahme des öffentlichen Personennahverkehrs. Neben den fehlenden Angeboten und der unzureichenden Taktung insbesondere in der Fläche, wird insbesondere am Tarifschungel durch die zahlreichen Verkehrsverbünde und deren unterschiedliche Preisstrukturen immer wieder Kritik geäußert, und es bleibt die Frage, woran es liegt, dass der ÖPNV nicht die gewünschte Attraktivität hat.

Der letztes Jahr im Sommer aus unterschiedlichen Gründen unternommene Versuch, mit dem 9-Euro-Ticket ein Angebot zu machen, um Menschen die Chance zu geben, die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs für sich zu erkunden, hat Erfolge gezeigt. Insofern haben sich der Bund gemeinsam mit den Ländern darauf verständigt, dieses Angebot mit dem sogenannten 49-Euro-Ticket, Deutschlandticket oder wie auch immer man es nennen will, zu verlängern, zu verstetigen und neue Möglichkeiten zu eröffnen.

Das hat Auswirkungen, weil es bei den Studierenden in Nordrhein-Westfalen schon länger das Bedürfnis gab, ein landesweites Nahverkehrsticket zu nutzen. Das ist dann über die Semesterbeiträge finanziert worden. Es wurde unabhängig davon eingezogen, ob die Studierenden das individuell in Anspruch nehmen wollten oder nicht. Aber es zeigt sich jetzt, dass mit dem sogenannte Deutschlandticket etwas Preiswerteres angeboten wird, als es bisher nach den Tarifen des Semestertickets möglich ist, und noch dazu mit einer größeren Reichweite, weil es eben nicht nur auf Nordrhein-Westfalen beschränkt ist.

Insofern lautet unser Appell, dass mit den Hochschulen bzw. mit den Studierendenvertretungen Gespräche darüber aufgenommen werden sollten, wie die Chancen dieses 49-Euro-Tickets bzw. Deutschlandtickets zur Entlastung der Studierenden genutzt werden können; denn hier besteht ganz ohne jeden Zweifel ein erhebliches Entlastungspotenzial. Die Semesterbeiträge haben unter anderem auch auf-

grund der Semestertickets einen ganz gehörigen Beitrag zu den Kostensteigerungen geleistet.

(Beifall von der FDP)

Gleichzeitig ergibt sich natürlich auch etwas, das wir in der Wissenschaftspolitik schon lange beklagen, nämlich, dass uns in Teilen nicht die richtigen Zahlen vorliegen, weil sie für die Hochschulen schwerer zu erfassen ist: Wer studiert wirklich und wer ist nur eingeschrieben, weil er auf diese Art und Weise das günstigere bzw. vergünstigte Semesterticket für seine individuelle Mobilität nutzen kann? Viele Hochschulen haben das auch einfach so laufen lassen. Durch das Deutschlandticket gibt es da jetzt ganz andere Möglichkeiten.

Unsere Bitte, unser Appell an die Landesregierung lautet, hier die Gespräche aufzunehmen. Derzeit werden von vielen die Kapazitäten der Hochschulen in Anspruch genommen, was die Statistiken durcheinanderbringt und es uns erschwert, die Stellschrauben, auch was die finanzielle Unterlegung angeht, passgenau einzustellen. Wir müssen jetzt die Gespräche darüber suchen, wie wir die Ticketstudierenden – wie wir sie nennen – aus den Hochschulen heraushalten können, damit diese Kapazitäten denjenigen zur Verfügung stehen, die bei ihrem Studium auch tatsächlich Leistungsbereitschaft zeigen und nicht nur das günstige Semesterticket abgreifen wollen.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine konstruktive Beratung. Ich hoffe, dass wir bei diesem Anliegen gemeinsam etwas bewegen können und freue mich auf die weitere Aussprache. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat nun der Kollege Herr Goeken das Wort.

Matthias Goeken* (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der ÖPNV ist für die meisten jungen Menschen ein wichtiges Mittel zur Fortbewegung. Gerade in den Ballungsgebieten, in denen ein gutes ÖPNV-Netz vorhanden ist, wird dieses auch sehr stark genutzt. Die Nutzung des ÖPNV führt dazu, dass weniger Pkw gefahren werden und somit der CO₂-Ausstoß geringer ist. Abgesehen vom Umweltaspekt: Viele junge Menschen können sich keinen eigenen Pkw leisten und sind somit auf die Nutzung des ÖPNV angewiesen.

Viele Studierende haben monatlich nur ein kleines Budget zur Verfügung. Von diesem Budget müssen die Studierenden den Semesterbeitrag bezahlen und erhalten dafür auch ein Ticket für den ÖPNV in ganz NRW. Aktuell belaufen sich die monatlichen Kosten für das Semesterticket auf rund 35 Euro. Das Deutschlandticket kostet mit seinem Einführungspreis von monatlich 49 Euro also mehr. Die Differenz

von 14 Euro monatlich müssten die Studierenden tragen, und das wäre eine weitere finanzielle Belastung.

Nur, wenn wir weiterhin das Solidarsystem beibehalten, kann auch ein günstiges NRW-Ticket gewährleistet werden. Wichtig ist zudem, dass die Meinung der Studierenden zu diesem Thema, zum Beispiel über die ASten, gehört wird, denn eine Entscheidung, die alle Studierenden betrifft, muss von einer breiten Mehrheit getragen werden.

(Beifall von Julia Eisentraut [GRÜNE] und Laura Postma [GRÜNE])

Denkbar wäre zukünftig, dass das Semesterticket durch die Zahlung der Differenz zu einem deutschlandweiten Ticket aufgewertet werden kann. Hierdurch entstünden nur für diejenigen zusätzliche Kosten, die das deutschlandweite Ticket auch nutzen möchten.

Eine komplette Abschaffung des Semestertickets würde zu einem erheblichen Nachteil für den ÖPNV führen. Der ÖPNV ist auf die Einnahmen angewiesen. Da diese in die Finanzplanungen einkalkuliert sind, ist es wichtig, sie zu erhalten. Durch einen Wegfall des Semestertickets wäre für die kommenden Jahre keine Planungssicherheit mehr gewährleistet.

Wir als Landesregierung wollen den ÖPNV weiter stärken und nicht schwächen. Wir möchten zudem, dass die Studierenden weiterhin die Möglichkeit haben, sich preisgünstig per ÖPNV fortzubewegen. Zugleich setzen wir natürlich darauf, das Solidarsystem fortzuführen. In unserer Gesellschaft tragen wir Verantwortung füreinander. Nur wegen des Solidarsystems können wir das NRW-Ticket so kostengünstig wie möglich zur Verfügung stellen. Ein teureres deutschlandweites Ticket, das zudem nicht von allen benötigt wird, würde manche Studierende vor weitere finanzielle Herausforderungen stellen.

(Angela Freimuth [FDP]: Aber das Semesterticket wird auch nicht von allen in Anspruch genommen!)

– Dazu komme ich gleich, liebe Kollegin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, Sie sprechen richtigerweise die bekannte Problematik der Ticketstudierenden an. Diese besteht jedoch schon seit Einführung des Semestertickets. Dank des Hochschulgesetzes haben Hochschulen bereits heute mehrere Möglichkeiten, darauf zu reagieren. So können sie beispielsweise durch Prüfungsanordnungen Einfluss auf die Gestaltung und Dauer eines Studiums zu nehmen. Es ist zudem davon auszugehen, dass der Nutzen des Semestertickets den durch Ticketstudierende verursachten Schaden überwiegt.

Möglicherweise, und darauf setze ich, wird das 49-Euro-Ticket dazu führen, dass sich weniger Personen an Universitäten bzw. Hochschulen einschreiben, nur um Semestertickets zu erhalten. Diese Entwicklung gilt es im Blick zu behalten.

Bei den kommenden Beratungen zu diesem Thema sollten wir vor allem die Meinungen der Verkehrsverbände, der Hochschulen und der Studierenden mit einbeziehen, denn alle drei Akteure wären von diesen Entscheidungen unmittelbar betroffen.

Es ist sicher richtig, dass nicht alle Studierenden das Semesterticket benötigen, aber es wird auch nicht die Mehrheit der Studierenden sein, die den Weg zur Hochschule mit dem Fahrrad oder zu Fuß bestreitet. Gerade in den Ballungsräumen, wie wir sie in NRW vorfinden, wohnen viele Studierende weiterhin in ihren Heimatstädten und pendeln zu den Hochschulstandorten. Daher sind wir der Auffassung, dass wir auch in Zukunft nicht auf das Semesterticket verzichten können, sondern schauen müssen, welche Möglichkeiten es gibt, das Semesterticket weiterhin attraktiv zu gestalten.

Wir freuen uns auf weitere Beratungen in den Ausschüssen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat nun die Kollegin Dilek Engin das Wort.

Dilek Engin (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch die Einführung des bundesweiten Deutschlandtickets wird die Nutzung des ÖPNV für viele Bürgerinnen und Bürger deutlich günstiger und einfacher. Das Deutschlandticket ist somit ein Meilenstein einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik. Die Gewährleistung von Mobilität ist ein gesellschaftliches Grundbedürfnis – ein Grundbedürfnis, das selbstverständlich auch für die Studierenden in unserem Land gesichert werden muss. Und auch die Studierenden müssen davon profitieren, wenn nun durch die Einführung des Deutschlandtickets der ÖPNV insgesamt günstiger wird.

Die FDP nimmt dies als Anlass und sagt jetzt: Wir brauchen kein Semesterticket mehr, wir haben ja nun das Deutschlandticket. Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, rein rechnerisch ist das Deutschlandticket für die über 750.000 Studentinnen und Studenten in NRW allerdings de facto keine finanzielle Entlastung, sondern es ist mit zusätzlichen Kosten verbunden.

Der CDU-Kollege hat es gerade schon ausgeführt: Im Durchschnitt kostet ein NRW-weites Semesterticket – regional variierend – zwischen 30 Euro und 40 Euro im Monat. Wie unschwer zu erkennen ist, liegt das Deutschlandticket mit 49 Euro darüber, würde also unsere Studierenden mehr belasten.

Der FDP geht es letztlich, wenn wir mal ehrlich sind, schon lange, also auch schon vor der jetzt kommen-

den Einführung des Deutschlandtickets, um die Abschaffung des solidarisch, durch alle Studierenden finanzierten Semestertickets. Das ist die eigentliche Stoßrichtung Ihres Antrags.

(Beifall von der SPD)

Das Semesterticket erfüllt den Zweck der jederzeit verfügbaren, nachhaltigen und günstigen Mobilität für alle Studentinnen und Studenten. Das ist ein wesentlicher Bestandteil der Bildungsgerechtigkeit und muss weiterhin gewährleistet werden.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband stellt fest, dass Studierende zu einer besonders von Armut betroffenen Gruppe gehören. Gerade für sie wäre der Wegfall des kostengünstigen Tickets nicht zumutbar. Das sollte allen in diesem Hause klar sein, denn nicht alle Studierenden, liebe FDP, kommen aus wohlhabenden Elternhäusern. Ihnen ist, glaube ich, nicht bewusst, vor welchen Herausforderungen sie stehen. Den in der Regel geringen Einkünften stehen aktuell durch die Inflation enorm gestiegene Lebenshaltungskosten, Aufwendungen für Miete, Energie, Lernmittel und Krankenversicherung gegenüber. Da ist eine Mehrbelastung durch das Deutschlandticket nicht zumutbar. Es wird deutlich, dass es Weiterentwicklungen des Tarifmodells bedarf, sodass auch sie von günstiger Mobilität profitieren können. Und dazu, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, liegen Vorschläge auf dem Tisch.

Das von uns geforderte Ticket „ein Euro pro Tag“ auf Landesebene wäre ein Schritt, über den man endlich mal in aller Breite diskutieren müsste. Da ist das Land in der Verantwortung, sich zu bewegen. Wir als SPD-Fraktion teilen die Forderung des Landes-ASTen-Treffens nach einem günstigen Ticket für Studierende mit allem Nachdruck. Wir halten auch deren Anliegen für berechtigt, dass Bund und Länder die Mobilität der Studierenden stärker finanziell fördern müssen.

Wir brauchen eine sozialverträgliche Lösung für unsere Studierenden. Wir brauchen spürbare Entlastungen. Das Landes-ASTen-Treffen fordert, dass die Semestertickets zukünftig den Geltungsbereich des Deutschlandtickets haben sollten – und das zu einem reduzierten halbjährigen Preis von 129 Euro. Das wäre in der Tat eine sozialverträgliche Lösung und eine spürbare Entlastung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen zwar den Tenor des vorliegenden FDP-Antrags, nämlich die Abschaffung des Semestertickets, ab; aber gleichwohl stimmen wir der Überweisung zu, da wir es als SPD-Fraktion grundsätzlich für notwendig erachten, im Ausschuss über ein Zukunftsmodell für die Gewährleistung studentischer Mobilität zu beraten.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Nun hat für die Fraktion der Grünen die Kollegin Laura Postma das Wort.

Laura Postma (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich wirklich sehr, dass ich heute noch mal zum Thema „Tarife im öffentlichen Nahverkehr“ mit Ihnen diskutieren, mit Ihnen sprechen kann. Wer hätte noch vor einem Jahr gedacht, dass der ÖPNV einmal so viel Aufmerksamkeit bekommt?

Der 9-Euro-Ticket-Sommer hat es deutlich gemacht: Mobilität ist ein grundlegendes Bedürfnis der Menschen. Mobil sein bedeutet Teilhabe am öffentlichen Leben. Mobil sein bedeutet ein Stück Freiheit. Und diese Freiheit, den ÖPNV als einfache und günstige Alternative der Mobilität nutzen zu können, werden wir nun mit dem Nachfolger, dem Deutschlandticket, weiter anbieten können.

Es freut mich, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, dass Sie hier in NRW den Erfolg und die Wichtigkeit dieses Tickets erkannt zu haben scheinen. Geben Sie das doch gleich gerne einmal an den Bundesverkehrsminister weiter, der die Einführung dieses Tickets aktuell doch etwas zu verzögern droht.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mit der Einführung des Deutschlandtickets ist auch klar, dass sich die gesamte Tariflandschaft hieran anpassen wird und auch vereinfacht werden muss. In der Branche wird beispielsweise bereits diskutiert, wie Kundinnen und Kunden mit bestehendem Abo der Übergang so einfach wie möglich gemacht werden kann oder wie wir das Ticket auch in einer Form anbieten können, die allen Menschen zugänglich ist.

Selbstverständlich kommt dabei auch den jungen Menschen, die sich im Studium befinden, eine besondere Aufmerksamkeit zu. Wir müssen darüber sprechen, wie sich das Semesterticket, das heute rund 35 Euro im Monat für NRW kostet, zu einem neuen 49-Euro-Ticket für ganz Deutschland verhalten wird. Hierfür – das wurde eben bereits von meinem Kollegen Goeken angemerkt – sind die ASTen vor Ort bereits im Austausch mit den jeweiligen Verkehrsunternehmen und den Verbänden. Das ist Teil der studentischen Selbstverwaltung – und das ist auch gut so.

Das Solidarmodell beim Semesterticket ist eine bewährte Form, allen Studierenden Mobilität einfach und bezahlbar zu ermöglichen. Natürlich gefällt das – Sie haben es angesprochen – nicht allen Studierenden gleich gut. Der Antrag spricht ja von jenen, die lieber zu Fuß gehen oder das Fahrrad nutzen. Liebe FDP, ich ergänze das hier einmal um die Autofahrer*innen, an die Sie möglicherweise eher gedacht haben.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die sich eine solch weitreichende Mobilität, wie sie das Semes-

terticket aktuell bietet und gewährleistet, ohne ein Solidarmodell nicht mehr leisten können. Und das sind vor allem diejenigen, die auf den ÖPNV angewiesen sind, weil sie zum Beispiel weiter entfernt vom Hochschulstandort wohnen müssen, um günstigen Wohnraum zu finden oder noch bei ihren Eltern leben müssen.

Fast jede und jeder vierte Studierende ist arm oder armutsgefährdet. Ein weiterer großer Teil hat auch nicht viel mehr zum Leben. Sie müssen wir besonders unterstützen.

Es gilt also, in den nächsten Wochen gemeinsam weiter an einer Lösung zu arbeiten, die den Studierenden auch in Zukunft eine einfache und günstige Mobilität ermöglicht. Denn – und das darf man in dieser Debatte nicht außer Acht lassen – Studierende gehören auch zu den Personen, die unter den aktuellen Preissteigerungen infolge des Kriegs in der Ukraine besonders leiden. Umso wichtiger ist es, bei der Mobilität auch die Solidarität aufrechtzuerhalten.

Liebe Frau Freimuth, mit der Einführung des 49-Euro-Tickets wird auch die Zahl der sogenannten Ticketstudierenden vermutlich von selbst zurückgehen.

Um diesen Prozess im Semesterticket anzustoßen, braucht es diesen Antrag also nicht. Wir stimmen der Überweisung aber selbstverständlich zu und freuen uns auf die weiteren Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Esser.

Klaus Esser^{*)} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe FDP! Beim Lesen Ihres Antrags – erlauben Sie mir diese kurze Vorbemerkung – kam mir einiges verdächtig bekannt vor. Ein Teil Ihres Antrags, der sich mit den „Ticketstudenten“ an den Hochschulen und den daraus resultierenden Problemen befasst, entspricht in sehr weiten Teilen einem AfD-Antrag aus 2019. Wir sind damals – wie gewöhnlich – harsch kritisiert worden, es sei ja alles studentenfeindlich und radikal und wie könne man nur.

Ja, dachte ich mir, so schnell wird man von falschen und teilweise auch etwas dümmlichen Vorverurteilungen eingeholt, wenn man plötzlich bemerkt, dass so ein Antrag aus 2019 scheinbar doch nicht so ganz falsch war.

Doch nun zum Inhalt Ihres Antrags. Durch die Einführung des Deutschlandtickets, so es denn irgendwann mal kommt, gegebenenfalls digital oder doch aus dem Automaten – das weiß man ja alles noch nicht so ganz genau –, haben wir eine grundlegend

veränderte Situation. Damit müssen wir nun alle umgehen.

Das 49-Euro-Ticket bietet viele Chancen, zum Beispiel im Bereich der Tarifvereinfachung. Es ist aber erstens in gewisser Weise ungerecht, weil es über öffentliche Subventionen, also über Steuern, auch von denen bezahlt werden muss, die es gar nicht nutzen können oder wollen, zweitens in Teilen ungerecht oder marktverzerrend, weil der ländliche Raum, der oftmals einen schlechteren oder teilweise gar keinen Anschluss an den ÖPNV oder SPNV hat, die bestens angeschlossenen Städte und Ballungsräume mit subventioniert, und drittens in der Testphase, damals als 9-Euro-Ticket, offensichtlich auch fehlgeschlagen, weil überzeugte Berufspendler auf das Auto umgestiegen sind und sich nicht mehr in überfüllte Bahnen quetschen wollten.

Dieses Für und Wider müssen wir bei dieser Debatte zur Kenntnis nehmen. Der FDP-Antrag beschäftigt sich nun mit einem Mosaik aus diesem Gesamtbild, ist aber in Gänze nicht brauchbar. Zudem enthält er einen Feststellungsteil, der sehr allgemein formuliert ist und, ja, von einer infantilen Schlichtheit ist.

Ein NRW-Semesterticket kostet pro Semester gerechnet etwa 200 Euro. Für knapp 300 Euro könnte man stattdessen ein Semester lang, also sechs Monate, durch ganz Deutschland fahren. Wer braucht da noch das alte Semesterticket? Sie werfen damit eine berechnete Frage auf.

In der zweiten Hälfte Ihres Antrags aber erläutern Sie das Problem der „Ticketstudenten“. 2019 haben wir, wie bereits gesagt, auf diese Problemlage hingewiesen. Phantomstudenten bringen den Hochschulen Planungsschwierigkeiten, führen zu Verzerrungen bei der Finanzierung und verschaffen sich Vergünstigungen, die ihnen eigentlich gar nicht zustehen.

Ein marktwirtschaftlich und liberal denkender Mensch würde jedoch den Studenten die Freiheit der Entscheidung lassen, oder er wäre sich sicher, dass das jetzige Semesterticket gegenüber dem 49-Euro-Ticket derart unattraktiv wird, dass die Studenten und Universitäten es selbst gar nicht mehr haben wollten. Dann würde sich allerdings auch das Problem der „Ticketstudenten“ in Luft auflösen.

Die Abschaffung des Semestertickets steht für uns als AfD nicht zur Diskussion. Vielleicht – das ist gerade von den Vorrednern schon angesprochen worden – können Sie, meine Damen und Herren von der FDP, es sich nicht so recht vorstellen, doch für fast alle Studenten sind 100 Euro verdammt viel Geld. Wenn sie BAföG erhalten, wenn sie sich durch Nebenjobs selbst finanzieren müssen oder wenn sie bereits als Student Vater oder Mutter sind, dann sind 100 Euro verdammt viel Geld.

Für uns als AfD ist also der freiheitliche Ansatz entscheidend. Jeder soll sein Geld so ausgeben können

wie er möchte. Es ist schlicht ungerecht, wenn man etwas bezahlen muss, das man nicht möchte, nicht bestellt hat oder nicht einmal gebrauchen kann.

Ein Blick nach Österreich zeigt einen möglichen Lösungsweg auf. Dort weht der frische Wind der Freiheit in dieser Frage. Dort machen die Verkehrsverbände den Studenten ein rabattiertes Angebot, und jeder Student entscheidet sich, ob er es nutzen möchte oder nicht. Das wäre auch eine praktikable Lösung für Deutschland.

Wenn ein Student hierzulande das vergünstigte Semesterticket gebrauchen kann, soll er es weiterhin jedoch kaufen können. Wenn jemand zum Beispiel fußläufig zur Fachhochschule wohnt oder lieber mit dem Fahrrad zur Uni fährt, wenn jemand ländlich lebt, sodass die Hochschule gar nicht mit dem ÖPNV, sondern gegebenenfalls nur mit dem Auto erreichbar ist, dann soll derjenige nicht pflichtig zur Finanzierung eines solchen Tickets herangezogen werden.

Wir sind gespannt, ob Sie im Ausschuss konkretere Vorschläge unterbreiten können. Der Überweisung stimmen wir natürlich zu. Einen möglichen Lösungsansatz habe ich Ihnen gerade eben genannt. Bezüglich Ihres Antrags, liebe FDP, muss ich Ihnen jedoch sagen: Das können Sie deutlich besser. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Landesregierung spricht nun Minister Krischer.

Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will zunächst mal deutlich machen, dass die Studierendentickets, Semestertickets eine Errungenschaft und eine Erfolgsstory über viele Jahre sind, womit es gelungen ist, jungen Menschen ein attraktives Angebot zu machen, den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen und – Kollege Goeken hat es eben richtigerweise gesagt – gleichzeitig dafür zu sorgen, dass es eine Säule der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs ist.

Ich finde, man kann doch ein Stück weit darauf stolz sein, dass das in Nordrhein-Westfalen über viele Jahre so funktioniert hat und sich viele dafür eingesetzt haben.

(Beifall von den GRÜNEN und Klaus Vossemer [CDU])

Frau Freimuth, das kann ich Ihnen jetzt nicht ersparen: Wenn man Ihren Antrag liest, hat man den Eindruck, dass Sie da noch etwas die Schlachten der Vergangenheit schlagen und offensichtlich – das war mir gar nicht klar – eine kritische Haltung dazu haben und das infrage stellen. Ich finde das falsch. Ich

fände es eine gute Gelegenheit, jetzt, wo wir am Vorabend der Einführung des 49-Euro-Tickets sind, tatsächlich gemeinsam zu überlegen: Wie können wir es denn hinbekommen, die Erfolgsgeschichte der Studierenden und der Semestertickets mit der hoffentlich entstehenden Erfolgsgeschichte des Deutschlandtickets, 49-Euro-Tickets, in Verbindung zu bringen? Das müsste doch ehrlicherweise genau die Aufgabe sein.

Sie fordern ja die Landesregierung auf, Gespräche mit den ASten und in den Universitäten zu dem Thema zu machen. Das tun wir selbstverständlich. Anders als in Ihrem Antrag sagen mir die ASten: Ja, wir wollen den Solidargedanken bei einer Nachfolgeregelung mit dem 49-Euro-Ticket beibehalten. Auch unser Ansatz wäre, eine Lösung zu finden, die am Ende dazu führt, dass die Studierendenschaft ein Ticket bekommt, was den Charakter des 49-Euro-Tickets hat, aber günstiger ist, hoffentlich dann mit einem Solidarmodell. Eine solche Lösung müsste das Ziel sein.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es ist gut, dass Sie das hier zum Thema machen, aber noch haben wir leider kein Deutschlandticket. Noch haben wir es nicht. Es sind noch ein paar Aufgaben zu erledigen und Fragen zu beantworten, und da kann ich mich der Bitte, die eben in Richtung Bundesverkehrsminister geäußert wurde, anschließen.

Auch der Bundesverkehrsminister muss noch ein paar Fragen klären. Beispielsweise brauchen wir eine Rechtsgrundlage dafür, wie das Ticket genehmigt wird. Beispielsweise fehlt immer noch eine Beihilfeprüfung. Ich könnte noch weitere Dinge aufzählen, bei denen der Bund seine Hausaufgaben noch machen muss.

Aber die gute Nachricht ist: Es bewegt sich gerade in diesen Tagen sehr viel, und ich hoffe, dass wir in Kürze tatsächlich final an dem Punkt sind, dass das 49-Euro-Ticket kommt. Dann stehen hier die Diskussionen und die Entscheidung an, wie wir diese Grundlage im Gespräch mit den Universitäten, mit der Studierendenschaft, mit den ASten, aber natürlich auch mit den Verkehrsunternehmen nutzen, um auf dieser Basis ein günstiges Ticket in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln. Das sehe ich als riesige Chance an, die wir jetzt bekommen. Das ist eine sehr positive Zukunftsperspektive für die Studierenden in Nordrhein-Westfalen, aber auch für den öffentlichen Verkehr insgesamt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der Aussprache angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/2568 an den Wissenschaftsausschuss – federführend – sowie an den Verkehrsausschuss. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Somit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen** worden.

Wir kommen nun zu:

11 Schläge, Spielabbrüche und Schiedsrichter-mangel – Amateurfußball in NRW vor Gewalttättern schützen, das Lagebild vervollständigen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/2558

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der AfD dem Abgeordneten Herrn Keith das Wort.

Andreas Keith (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Kempen: Von hinten niedergeschlagen und bewusstlos. „Eine Hand von einem Spieler griff mir an den Hals und drückte zu, sodass ich keine Luft mehr bekam. Ich hatte Angst wie noch nie in meinem Leben.“ Zitat Dietmar F.

Frankfurt: 16-jähriger Spieler beleidigt, bedroht und schlägt Schiedsrichter blutig. „Als Schiedsrichter musst du Angst haben, ob du heil nach Hause kommst.“ Zitat Metehan B.

Münster: Schiedsrichter bewusstlos geschlagen. „Ich bin seit zehn Jahren Schiedsrichter, aber das war mein letztes Spiel.“ Zitat Nils C.

Bochum: Trainer, Betreuer und Fans der Gastmannschaft gehen nach Abpfiff auf Unparteiischen los. Sie schlagen ihm die Pfeife aus dem Mund und treten ihn krankenhaushausreif.

Die Liste brutaler Angriffe auf Schiedsrichter ließe sich leider mühelos fortführen. Sie ereignen sich bundesweit in regelmäßigen Abständen und mit zunehmender Brutalität.

Hier sind die Politik, der DFB, die nachgeordneten Verbände und die Vereine in der Verantwortung, konsequent gegenzusteuern, damit sich die Gewaltspirale der letzten Monate nicht immer schneller und brutaler weiterdreht.

Die immer gleichen Betroffenheitsfloskeln bei Gewaltausbrüchen gegen Schiedsrichter, die aus der Politik und von den Spitzenfunktionären mit großspürigen Ankündigungen von harten Maßnahmen, Präventionsprogrammen und Handlungsempfehlungen zu hören sind, werden in Zukunft nicht mehr reichen, um unsere Schiedsrichter und den überwiegend großen Teil der begeisterten Amateurfußballer und Zuschauer vor diesen Irren zu schützen.

Ob ein Verhaltenstraining für Schiedsrichter mit dem Titel „Deeskalierende Gestik und Mimik“ vor gewaltbereiten jungen Männern wirklich schützt, darf an dieser Stelle bezweifelt werden. Wenn die falsche Mimik oder Gestik darüber entscheidet, ob man auf dem Platz zusammengeschlagen oder zusammengetreten wird, glaube ich nicht, dass Mimik oder Gestik das Problem sind.

Das eigentliche Problem sind doch die Gewalttäter, die mehr und mehr den Respekt nicht nur vor dem Schiedsrichter, sondern im Allgemeinen vor dem Staat und dem Ehrenamt verlieren und wissen, dass ihnen im schlimmsten Fall nur eine kurze Sperre oder eine geringe Geldstrafe droht. Der Fußball ist hier nur ein Spiegelbild der Gesellschaft, in der Kontrollmechanismen wie Regeln, die auf dem Fußballplatz bisher der Schiedsrichter verkörpert, immer mehr verloren gehen. Wer Rettungskräfte beschießt und beleidigt und mit Feuerlöschern bewirft, wird auch auf dem Fußballplatz keine allzu großen Hemmungen haben, seine Aggressionen auszuleben.

Erst im vergangenen Herbst hat der Deutsche Fußball-Bund einen Rekord bei der Zahl an Spielabbrüchen im Amateurfußball verkündet. In der Saison 2021/2022 hatten die Schiedsrichter laut DFB 911 Spiele vorzeitig beenden müssen – so viele wie noch nie in einer Saison zuvor. Dazu DFB-Vizepräsident Ronny Zimmermann:

„Niedrige Zahlen im Promillebereich dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass jede Gewalthandlung gegen eine Schiedsrichterin oder einen Schiedsrichter schwere Auswirkungen haben kann. [...] Wir erleben Fälle, da sind Opfer derart psychisch geschädigt, dass ihnen die Freude am Schiedsrichter-Job verloren geht.“

Was Herr Zimmermann nicht berücksichtigt, ist die Tatsache, dass Gewalt eben nicht nur und nach dem Spiel stattfindet, wie das Beispiel in Bochum zeigt, sondern auch am Spielfeldrand, wo Trainer, Betreuer und Zuschauer die Atmosphäre durch aggressives Gebrüll, übelste Beleidigungen und Drohungen mit anheizen. Würden hier nur die strafbaren verbalen Entgleisungen und Gewaltandrohungen geahndet werden, müssten viel mehr Spiele abgebrochen werden.

Ich kann mich persönlich noch sehr gut an die Jugendspiele meiner Söhne erinnern, wo bei Entscheidungen des Schiedsrichters Eltern teilweise zu